



CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Rheinbach



Fraktion **BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN**
im Rat der Stadt Rheinbach

An
den Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses
Herrn Bürgermeister Ludger Banken
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

Rheinbach, den 06.02.2023

Änderungsanträge zur Beratung des Haushaltsentwurfs und des Stellenplans 2023 im Haupt- und Finanzausschuss am 06.02.2023

Sehr geehrter Herr Banken,

die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen für den **Haushalt 2023** folgende Änderungen:

1. Teilhabe an der Energiegenossenschaft (5.000 €)

Die Informationsveranstaltung zur Gründung einer Energiegenossenschaft ist im II. Quartal 2023 vorgesehen. Sollte es in Rheinbach zur Gründung kommen, sollte die Stadt Mittel haben, um sich ebenfalls daran zu beteiligen.

2. Konzept Umsetzung Freizeitpark (40.000 €)

Zum Freizeitpark-Konzept wurden einige Nutzergruppen angefragt, es liegen Ergebnisse vor. Eine Entlastung der Verwaltung sowie zusätzliche Expertise bei der Konzeption soll durch das Hinzuziehen eines Landschaftsarchitekten erfolgen.

3. Einleiten Bürgerinformation und -beteiligung zur Hauptstraße (20.000 €)

Gemäß der Vorlage MI/0122/2022 für den AUM am 29.09. soll die Vergabe für die Erstellung eines Verkehrskonzeptes in 2023 erfolgen. Parallel dazu soll dann auch das Beteiligungskonzept erstellt werden. Noch in 2023 sollen Mittel für eine Bürgerinformation und ggf. erste Schritte einer Bürgerbeteiligung eingeplant werden.

4. Energetische Sanierung (50.000 €)

Wie bereits im letzten Jahr sollen in der Verwaltung Mittel zur Verfügung stehen, um kurzfristig anfallende Energetische Sanierungen im Rahmen ohnehin laufender Maßnahmen durchführen zu können. Außerdem können die Mittel beispielsweise für ein Gutachten zur Möglichkeit energetischer Sanierung der Schulen genutzt werden. So verfügt die neu einzurichtende Stelle auch über ein Budget.

5. Kopierkosten (-5.000 €)

Die zunehmende Digitalisierung und auch die Digitalisierung der Ratsarbeit müssen sich in den Kopierkosten der Stadt bemerkbar machen.

6. Verlustausgleich WFEG (-100.000 €)

Aus kaufmännischer Vorsicht sind 400.000 € Verlustausgleich für die WFEG im Haushaltsentwurf vorgesehen. In den letzten Jahren war kein Verlustausgleich zu leisten, insofern kann der Ansatz zumindest um 100.000 € reduziert werden.

7. Aufhebung des Beschlusses HFA vom 26.09.2011 zum Unterhalt der Wirtschaftswege

Mit diesem Beschluss wurden die Mittel für den Unterhalt der Wirtschaftswege auf dem Stand von 2011 eingefroren (115.000 € pro Jahr) und eine Verschlechterung der Infrastruktur in Kauf genommen. Grundlage war eine Prüfung des GPA, dass die Wirtschaftswege in Rheinbach einen besonders hohen Standard hätten.

Dieser Beschluss ist nie aktualisiert worden. Allein die Preissteigerungen zum Erhalt der Wirtschaftswege rechtfertigen eine Änderung. Andererseits sind einige Wald- und Wirtschaftswege heute nicht mehr wirklich in Nutzung und damit quasi abgängig.

Im Haushaltsentwurf 2023 sind insgesamt 205.000 € eingeplant (115.000 € gem. Beschluss von 2011 sowie 90.000 € Wiederherstellung Hochwasser). Zusätzlich sind für die Waldwege weitere 80.000 € eingeplant. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Erhöhung in 2023 nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss des HFA vom 26.09.2011 zur Begrenzung des Erhalts der Wirtschaftswege wird aufgehoben.

Für den Haushalt 2024 ist eine angemessene Summe für den Erhalt der Wirtschaftswege einzuplanen. Dabei sind folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- Wirtschaftswege, die nicht mehr benötigt werden, sollen mittelfristig bspw. durch die Anpflanzung von Hecken oder Blühstreifen renaturiert werden.
- Wirtschaftswege sollen wo wirtschaftlich sinnvoll mit einer wasserdurchlässigen Oberfläche angelegt werden.
- Wo eine andere Oberfläche wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, ist eine Asphaltierung vorzusehen.
- Die Festlegung soll durch die Verwaltung in Absprache mit Land- und Forstwirtschaft sowie Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern erfolgen.

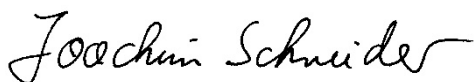
Die Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen für den **Stellenplan 2023** folgende Änderung:

Fachgebiet 41: Kultur, Museum, und Tourismus

Die zusätzliche Stelle wird nicht eingerichtet.

Die Stelle der Museumsleitung soll in der bisherigen Form weitergeführt werden. Sie soll durch einen Kunsthistoriker, oder jemand ähnlicher Qualifikation, besetzt werden. Eine zusätzliche Stelle als Kunsthistoriker soll nicht geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Joachim Schneider
Vorsitzender CDU-Fraktion



Heribert Schiebener
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen